

Zeitschrift: Curaviva : Fachzeitschrift
Herausgeber: Curaviva - Verband Heime und Institutionen Schweiz
Band: 83 (2012)
Heft: 7-8: Ignazio Cassis : was der neue Curaviva-Präsident anpacken will und muss

Artikel: Interview mit dem neuen Präsidenten von Curaviva Schweiz : "Liberal handeln heisst, sich um die schwächeren Menschen zu kümmern"
Autor: Leuenberger, Beat / Cassis, Ignazio
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-803791>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Interview mit dem neuen Präsidenten von Curaviva Schweiz

«Liberal handeln heisst, sich um die schwächeren Menschen zu kümmern»

Ignazio Cassis heisst der neue Präsident von Curaviva Schweiz. Der 51-jährige Arzt und FDP-Nationalrat aus dem Tessin setzt sich für liberale Werte ein. Dazu gehörten Solidarität und Gerechtigkeit für schwache Menschen, die Mühe haben, im Leben voranzukommen, sagt er im Interview.

Interview: Beat Leuenberger

Herr Cassis, können Sie sich vorstellen, Ihre letzten Lebensjahre in einem Altersheim zu verbringen?

Ignazio Cassis: Ich wünsche mir, wie wahrscheinlich jeder Mensch, so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden leben zu können. Zu Hause ist man einfach zu Hause. Deshalb möchte ich kerngesund und selbständig bleiben.

Und wenn es anders kommt?

Dann möchte ich die notwendige Hilfe von den Spitexdiensten bekommen. Und falls diese Hilfe nicht mehr reicht, kann ich mir vorstellen, in ein Alters- und Pflegeheim zu ziehen.

Welche Anforderungen stellen Sie an ein derartiges Heim?

Ich wäre froh, wenn ich, so weit wie möglich, die Gewohnheiten aus dem früheren Alltag im Pflegeheim beibehalten könnte. Was mir etwas Angst macht, ist die Rigidität, mit der manche Heime die Tagesabläufe vorschreiben. Ich würde Respekt erwarten vor der Art und Weise, wie ich vorher gelebt habe, und auch die nötige Flexibilität, auf Wünsche und Gewohnheiten einzugehen. Sicher braucht es Kompromissbereitschaft, doch meinen Lebensstil ganz aufgeben möchte ich nicht. Das würde einer vorzeitigen Beerdigung gleichkommen.

«Ich möchte die Gewohnheiten meines Alltags auch im Altersheim beibehalten können.»

Kennen Sie Heime von innen?

Ja, natürlich. Als Kantonsarzt war ich von 1996 bis 2008 zuständig für die Aufsicht der Heime im Kanton Tessin. Deshalb kenne ich dort die meisten Altersheime.

Welche Veränderungen würden Sie gerne vornehmen?

Ich würde eine Durchmischung der Generationen anstreben, etwa Kindergärten, -horte, -tagesstätten angliedern und die Kantinen, Cafés und Restaurants über Mittag für Studenten öffnen. Weg von den Gettos, in denen nur Betagte, Demente und Alzheimerpatienten leben, hin zu mehr Lebendigkeit. Mit dem Gehirn von heute wünsche ich mir das. Was in 30, 40 Jahren sein wird, weiss ich natürlich nicht.

Ist es nötig, das Image, das Prestige der Pflegeberufe, der Pflegenden zu verbessern?

Die Frage erweckt den Eindruck, die Pflegeberufe hätten kein allzu gutes Ansehen. Das empfinde ich nicht so. Auch als Kantonsarzt habe ich von Bürgerinnen und Bürgern, von Versicherten, von Patienten nie zu hören bekommen, dass sie die Pflegenden nicht wertschätzen. Im Gegenteil: Sie geniessen in meinen Augen Hochachtung und grossen Respekt, vor allem von den betreuten Personen und den

Angehörigen. Was sie vielleicht von gewerkschaftlicher Seite her erwarten, ist eine grössere Anerkennung finanzieller Natur. Aber das hat mit Wertschätzung der Betreuung nichts zu tun.

Verdienen denn die Pflegenden ihrer Meinung nach genug, das heisst: ihrer Leistung entsprechend?

Zuerst einmal: Die Unterschiede in der Schweiz sind recht gross, nicht nur von Kanton zu Kanton, sondern auch zwischen öffentlichen und privaten Institutionen. In meinem Kanton,

den ich besonders gut kenne, haben wir grosse Anstrengungen unternommen, um die Arbeitsbedingungen des Pflegepersonals zu verbessern. Etwa mit der Einführung der 40-Stunden-Woche, von sechs Wochen Ferien pro Jahr, der Möglichkeit, sich mit 58 pensionieren lassen zu können. Das sind Besserstellungen gegenüber anderen Berufen. Das Optimum, was sich die Leute wünschen, ist es noch nicht, aber in einer komplexen Gesellschaft können nicht alle das Optimum bekommen.

Ihre Partei, die FDP, setzt auf die Regulierungskraft des Marktes. Auch in Heimen und Institutionen?

Die FDP ist eine Partei, die auf liberale Werte setzt, das ist selbstverständlich. Dabei steht der einzelne Mensch im Zentrum, nicht das Kollektiv. Also jeder und jede ist zuerst einmal für sich selbst verantwortlich. Die Verantwortung steht im Mittelpunkt. Eigenverantwortung bedeutet auch Freiheit. Wenn ich frei sein möchte, muss ich dafür auch die Verantwortung tragen. Es ist zu bequem, Freiheit haben zu wollen, aber die Verantwortung wegzuschieben. Das ist heute leider etwas Mode geworden. Aber so entsteht kein liberaler Staat. Und wir von der FDP glauben an einen liberalen Staat.

In den Heimen leben Menschen, die in ihrer Möglichkeit, selbstverantwortlich zu handeln, eingeschränkt sind.

Natürlich gibt es unter unseren Werten auch die Solidarität und die Gerechtigkeit. Es ist typisch liberal, sich um schwache Menschen – Kinder, Behinderte, Betagte – zu kümmern, ob in Heimen oder zu Hause, und sich sozial zu engagieren. Die Stärke der Gesellschaft misst sich an der Fähigkeit, mit den Schwachen umzugehen. Das heisst, dass man den Schwachen ein würdiges Leben ermöglichen muss, mit Augenmerk auf eine nachhaltige Finanzierung.

Wo beginnt die Würde? Und wo endet sie?

In einer entwickelten Demokratie wie der Schweiz wollen mehr oder weniger alle Ähnliches, nämlich das Gute für den Menschen. Aber die Akzente zeigen sich in Detailfragen. Für uns Liberale ist die Betreuung älterer Personen in Alters- und Pflegeheimen eine zentrale gesellschaftliche Aufgabe. Wir sind aber auch der Meinung, dass zuerst die Ressourcen, die in der Familie und bei den Verwandten existieren, mobilisiert werden müssen, und zwar als eine Selbstverständlichkeit und nicht erst nach Entlohnung durch den Staat. Darin unterscheiden wir uns von den Sozialdemokraten. Aber noch einmal: Wenn es um die wichtigen Elemente geht, den Respekt der Menschenwürde und das Entgegenkommen bei Pflegebedürftigkeit, sind die Unterschiede unter den Parteien nicht gross, auch nicht bei CVP und SVP.

Sind alte Menschen für bürgerliche Politiker nicht vorwiegend Kostenverursacher? Die Politik auch Ihrer Partei zielt doch vor allem darauf ab, die Kosten zu optimieren. Bedürfnisse alter und hochbetagter Menschen, ihre Einbettung ins gesellschaftliche Leben finden nur am Rand Gehör. Sehen Sie als Präsident von Curaviva Schweiz hier Handlungsbedarf,

«Wenn ich den Beweis hätte, dass Quoten die Integration verbessern, wäre ich sofort dafür.»

«Ich hoffe, dass sich die Behindertenorganisationen für die IV-Sanierung einsetzen.»



«Betagte Menschen sind eine Ressource der Gesellschaft und nicht eine Last»: Sozialpolitiker Cassis. Fotos: Maria Schmid

diese Stossrichtung zu korrigieren, auch gegen ihre Partei, die FDP?

Unsere Partei sieht die alten Menschen keineswegs nur als Kostenverursacher. Wir haben dafür gekämpft, dass ältere Leute eine aktive Arbeitsrolle spielen können mit der Schaffung einer flexiblen Altersgrenze. Heute müssen die Menschen mit 65 in die Pension gehen.

Wir müssen die Sozialversicherungen so anpassen, dass Leute, die in der Lage sind und Lust haben, weiter zu arbeiten, finanziell besser und nicht schlechter gestellt sind. Für unsere Partei sind die betagten Menschen eine Ressource der Gesellschaft und nicht eine Last. Deshalb machen wir einen Riesenfehler, wenn wir sie zur Last reduzieren und mit 65 in die Pension schicken.

Die bürgerliche Politik zielt doch darauf ab, den Sozialstaat knappzuhalten.

Mir scheint nicht, dass unser Sozialstaat knapp gehalten ist. Im Gegenteil: Im internationalen Vergleich bietet die Schweiz grosszügige Leistungen. Es wäre aber verantwortungslos, wenn wir den Sozialstaat beliebig ausbauen wollten. Vielmehr geht es heute um dessen Stabilisierung und Konsolidierung für die nächsten Generationen. Ein Grund, warum

>>

wir nicht vor einem enormen Schuldenberg stehen, ist der, dass wir immer vernünftig waren. Die Politik muss sich in einer demokratischen Art und Weise darum kümmern, den Reichtum der Gesellschaft gerecht zu verteilen. Je nachdem, wie viel Mittel zur Verfügung stehen, können wir grosszügiger oder weniger grosszügig sein. Das Pendel muss aber wirklich hin und her schwingen können, nicht nur hin. Finanzpolitik muss Hand in Hand mit der Sozialpolitik gehen.

Die Integration der Alters- und Pflegeheime in der Schweiz unter dem Dach von Curaviva ist zu 100 Prozent gelungen – mit Ausnahme des Tessins. Der Verband setzt grosse Hoffnungen in Sie als neuen Präsidenten, dass es Ihnen gelingen wird, den letzten Kanton als Kollektivmitglied ins Curaviva-Boot zu holen, um mit einer einzigen nationalen Stimme sprechen zu können. Wenn es jemand schafft, sind Sie es.

Ja, ich denke, meine Wahl ist eine gute Chance, dass sich das Tessin entschliesst, sich Curaviva Schweiz anzuschliessen. Und so viel ich bis heute gehört habe, sollte es in diese Richtung gehen. Die Vorbereitungsarbeiten laufen, und ich bin zuversichtlich, dass wir bis zur Delegiertenversammlung 2013 diesen Schritt gemacht haben werden.

Welches waren bis anhin die Hinderungsgründe?

Es sind vor allem Meinungsverschiedenheiten über die Rollen, welche die verschiedenen Kantonalverbände spielen sollen. Zuerst einmal braucht es eine interne Strukturbereinigung, um danach gemeinsam zu einer nationalen Organisation gehen zu können.

Sie sagten in ihrem Antrittsreferat an der Delegiertenversammlung, wenn man angefragt werde für ein solches Amt, müsse man sich überlegen, welche Motive der Antragsteller hat. Das eine Motiv, nicht das schlechteste, ist das politische Lobbying für den Verband. Wie stellen Sie sich das vor?

Beim Lobbying für Curaviva Schweiz im Parlament wird es für mich heikel. Bei verschiedenen Gesprächen mit der Curaviva-Findungskommission und dem Curaviva-Vorstand stellte ich klar, dass ich die falsche Person wäre, sollte man einen Lobbyisten suchen, der 100 Prozent für alle Anliegen des Verbands lobbyiert. Dafür bin ich nicht zu haben. Die Tessiner Bevölkerung hat mich als Nationalrat gewählt, und ich schulde ihr Rechenschaft über meine politischen Entscheide aufgrund meiner liberalen Haltung. Primär bleibe ich Nationalrat für den Kanton Tessin, und daneben nehme ich die Aufgaben als Präsident von Curaviva Schweiz gern wahr. Doch sollten die Curaviva-Politik und die freisinnige Tessiner Politik nicht kompatibel sein, werde ich mich für die freisinnige Tessiner Politik entscheiden. Selbstverständlich trete ich in einem solchen Fall nicht proaktiv gegen die Interessen von Curaviva auf.

Über die IV-Revision 6b hat der Ständerat schon beraten. Im Herbst kommt das Geschäft wahrscheinlich in den Nationalrat. Sind wir mit dieser Revision auf dem richtigen Weg?

«Kürzungen bei der IV sind nötig, um die Konsolidierung des Ganzen zu gewährleisten.»

Ja, ich befürworte sie in der Fassung des Ständerats. Die bundesrätliche Version war eine Vorlage mit einem Reduktionspotenzial von 800 Mio. Franken pro Jahr. Als sie der Bundesrat nach der Vernehmlassung als Botschaft ins Parlament schickte, war nur noch von 325 Mio. Franken die Rede. Der Bundesrat sagte, er könne damit leben, weil der Teil 6a inzwischen

etwas mehr Erfolg bringe, als er erwartet hatte. Mit weiteren Vorschlägen – lineare Invaliditätsstufen nur noch für neue Renten und Besitzstandsgarantie für die anderen – wurden die Ausgaben nochmals reduziert, um etwa 250 Mio. Franken. Damit bin ich einverstanden, denn mir geht es darum, diese wichtige Sozialversicherung ins Lot zu bringen. Heute liegt sie unter einem Schuldenberg von 15 Mia. Franken. Es geht wirklich nicht ums Sparen. Sparen hiesse, Geld, das vorhanden ist, nicht auszugeben. Geld, das nicht vorhanden ist, nicht auszugeben, nenne ich vernünftig. Ich hoffe, dass auch die Betroffenenorganisationen die Verantwortung für die Sanierung der IV übernehmen.

Abgesehen von den Schulden: Kann die IV ihren Job noch gut machen?

Sie kann ihren Job sogar noch besser machen, auch bei gleichen finanziellen Mitteln. Ich höre von der Front immer wieder Berichte, wonach vieles nicht sehr effizient läuft, auch bei den IV-Stellen. Das gefällt mir nicht. Zwar habe ich als Parlamentsmitglied relativ wenig Spielraum, um zu intervenieren. Zumindest werden wir Druck machen auf die Verwaltung, damit es besser funktioniert. Aber klar: Mit weniger Geld gibt es Kürzungen. Sie sind nötig, um die Konsolidierung des Ganzen zu gewährleisten.

Ist es trotz Einsparungen möglich, den Auftrag der IV umzusetzen?

Es gibt keine unumstössliche Definition, was Gesundheit ist und was Krankheit, was Invalidität und was Arbeitsfähigkeit. Bedürfnisse und Leistungen variieren mit der Entwicklung einer Gesellschaft, je nach Gewohnheiten und finanzieller Lage. Es ist eine Frage der Prioritätensetzung. Wir alle benötigen etwas, aber es gibt bedürftige Menschen, die mehr benötigen als andere. Diese bekommen etwas. Die anderen nicht. Dieses sogenannte «priority setting» ist in den skandinavischen Ländern inzwischen eine Selbstverständlichkeit.

Wie weit wäre es sinnvoll, man würde die Leistungen der IV mit anderen Sozialversicherungen wie ALV, EL, AHV und KGV koordinieren?

Ein Bundesgesetz über den allgemeinen Teil der Sozialversicherungen haben wir ja schon. Es entstand vor zehn Jahren, um die verschiedenen Sozialversicherungen zu koordinieren. Klar, es wäre sauberer, die verschiedenen Sozialversicherungen abzuschaffen und in einem neuen gesamthaften und koordinierten Gesetz zu regeln. Und zwar nachdem wir entschieden haben, welche Aufgaben der Bund, welche die Kantone übernehmen. Doch das ist Theorie. Wir leben nicht in einem unbewohnten Wald, sondern in einem stark bebauten Land, das eine

«Zahlten die Älteren 50 Franken mehr in die Krankenkasse, gäbe es Milliarden zum Umverteilen.»



«Ich höre immer wieder Berichte, wonach bei den IV-Stellen vieles nicht sehr effizient läuft»: Sanierungspolitiker Cassis.

Geschichte hat. Es wäre äusserst schwierig, eine Revolution zu machen, wenn es dem Volk doch immer noch recht gut geht. Warum soll es Änderungen in Kauf nehmen, wenn es zufrieden ist mit dem heutigen System? Die Menschen sind nicht bereit, in einer Wohlstandssituation eine Revolution zu machen.

Wie sollte Ihrer Meinung nach die Mitverantwortung der Sozialpartner gefördert werden in Bezug auf Arbeits- und Bildungsintegration? Bevorzugen Sie eher Quoten oder private Initiativen wie Speranza oder Gategourmet?

Ich bin gegen Quoten. Wenn wir den Beweis hätten, dass Quoten zu besserer Integration führen, würde ich sofort ja sagen. Aber wir haben eher den Beweis, dass das Gegenteil zutrifft. Die Resultate der Studien in Ländern, die Quoten kennen, zeigen klar: Wo es Quoten gibt, gelingt die Integration im allgemeinen schlechter. Mit Quoten sabotieren wir die Bereitschaft der Arbeitgeber, behinderte Personen zu beschäftigen. Gewisse Angestellte, etwa mit Rückenschmerzen, würden als teilbehindert gelten, der Betrieb könnte so die Quote mit bereits angestellten

Leuten erfüllen. So bin ich von einem Quotenbefürworter zu einem Quotengegner geworden, denn ich möchte, dass die Integration von Menschen mit einer Behinderung funktioniert.

Wie funktioniert sie?

Bei der Revision 6a haben wir in der Nationalratskommission einige Anreize diskutiert und integriert, zum Beispiel, dass Arbeitgeber keine finanziellen Nachteile haben, die einen behinderten Menschen aufnehmen, wenn es nach drei Wochen nicht funktioniert. Anreize sollen die Bereitschaft der Arbeitgeber erhöhen, ihre Firmen zur Verfügung zu stellen, weil sie überzeugt sind, dass es ihre moralische Pflicht ist als Bürger dieses Staates.

Der dritte Fachbereich bei Curaviva Schweiz, Kinder und Jugendliche mit besonderen Bedürfnissen, ist mit 350 Mitgliedern der kleinste – und angewiesen auf die Unterstützung der zwei anderen Fachbereiche. Sollte Curaviva Schweiz längerfristig an der Dreipartitenstrategie festhalten?

>>

Darauf zu antworten, ist eindeutig zu früh für mich. Ich kenne mich noch zu wenig aus in der Verbandspolitik von Curaviva Schweiz, um hier reife Gedanken zu haben.

Was wir alle wissen: Die Zahl der Menschen mit Demenz wird in den nächsten Jahren stark zunehmen. Wie soll die Schweiz mit dieser Jahrhundertherausforderung umgehen?

Eine klare Antwort habe ich nicht. Doch einige Ideen dazu: Wir alle sollten den Umgang mit dementen Leuten lernen, das Ausbildungsangebot für Familienangehörige ausbauen, die eine demente Person zu Hause pflegen, sie nicht allein lassen mit dieser schwierigen Aufgabe. In meinen Augen ist die Pflege von demenzkranken Menschen eine gesellschaftliche Aufgabe, weil die Anzahl der Kranken gemäss epidemiologischen Daten tatsächlich zunehmen wird. Für die ganz schwierigen Fälle müssen sich die Alters- und Pflegeheime auch architektonisch so umstrukturieren, dass sie den Demenzkranken einen geeigneten Lebensraum bieten können. Ausserdem muss eine Demenzstrategie besser definieren, wer in der Demenzbetreuung welche Rolle hat. Eines der fortdauernden Probleme in der Schweiz ist nämlich immer die Aufgabenteilung: Wer ist für was zuständig: der Bund, die Sozialversicherungen, der Kanton, die Gemeinde? Am Ende streiten sich die Parteien Jahrzehnte darüber anstatt dass sie vorwärts kommen.

Was können wir tun, um dem Pflegepersonalmangel entgegenzuwirken, der uns in den nächsten Jahren droht?

Es gibt viele junge Frauen und Männer, vor allem Frauen, die nicht fünf Jahre studieren, sondern eine rasche Ausbildung machen wollen, berufsbegleitend. Fachangestellte Gesundheit zum Beispiel: ein Erfolg. Dagegen wollen junge Leute, die eine fünfjährige Ausbildung auf der Tertiärstufe hinter sich haben, nicht mehr als Pflegenden arbeiten, sondern in einem Beruf mit höherem Sozialprestige und besserer Entlohnung. Man muss zuerst einmal abklären, welche Aufgaben zu bewältigen sind, und dann Personen ausbilden, die fähig sind, diese Aufgaben zu erledigen.

Sie denken daran, Ausbildungsgänge wie Fachangestellte Gesundheit und Fachangestellte Betreuung auszubauen, wenn nötig zu Lasten der Akademisierung, die ja derzeit in den Pflegeberufen stattfindet?

Genau. Diese kontinuierliche Akademisierung der Pflegeberufe ist gefährlich – für das Gesundheitssystem, für die Patienten und für die Pflegenden selber. Die Stossrichtung der letzten 15 Jahre, der Ausbau der Tertiärstufe, die Akademisierung, ist den Bedürfnissen nicht ganz gerecht geworden. Ein Studiengang, der Pflegekader ausbildet, ist natürlich in Ordnung, aber die Mehrheit der Pflegenden will in einem einfachen Beruf mit Freude ihre Stunden arbeiten und danach frei sein – und in der Endabrechnung nicht mehr Papier als Patienten betreuen müssen. Diese ganz banale Aussage müsste man im Kopf haben: Es gibt einfache Funktionen für einfache Menschen, und es gibt viele einfache, zufriedene Menschen, auch wenn sie nicht in der Lage sind, die Pflegefachhochschule zu absolvieren. Dies zielt auch in die richtige Richtung für die Finanzierung. Als Politiker möchte ich von den Steuer- und Prämienzahlern nicht so viel Geld verlangen, um jemandem, der in einem Heim die Grundpflege macht, 8000 Franken Lohn pro Monat bezahlen zu können.

Es gibt immer mehr alte Menschen und immer weniger junge. Die demografische Alterung stellt auch den Generationenvertrag bei der Finanzierung der Sozialwerke in Frage. Die Forderung steht im Raum, ältere Menschen für die von ihnen verursachten Gesundheitskosten stärker zur Kasse zu bitten.

Ich bedaure, dass es Personen und Verbände gibt, die nicht einmal bereit sind, auf diesen Gedanken einzutreten. Unsere Sozialversicherungen, vor allem die AHV, schufen wir, als wir sahen, dass die ältere Generation sehr arm war und kaum Mittel hatte zum Überleben. Wir wollten die Existenz dieser Leute sichern, und das war gut so. Etwas mehr Komfort brachten später die zweite und die dritte Säule. Wunderbar! Nur: Was passiert jetzt? Mit der Pensionierung der Babyboomer kehrt sich die Proportionalität derjenigen, die bekommen, und jener, die geben, um. Ein Problem ist dies vor allem für die AHV, weil es sich bei der AHV um ein Umverteilungssystem handelt. Zunehmend wird es aber auch bei den Pensionskassen ein Problem, was theoretisch gar nicht sein dürfte. Denn aus der Pensionskasse sollten die Leute nur diejenigen Gelder bekommen, die sie selber eingelegt haben...

...was längst nicht mehr zutrifft...

...weil wir nicht akzeptiert haben, den Umwandlungssatz zu reduzieren. So bekommen die heutigen Pensionierten mehr Geld, als sie selber einbezahlt haben. Ein 35-jähriger Vater von zwei kleinen Kindern, dessen Frau kein Einkommen hat, bezahlt jetzt also für alte Menschen, die genug Geld haben. Das ist eine Ungerechtigkeit. Heute ist es keine Seltenheit, dass die älteren Leute reicher sind als die jüngeren. Das heisst: Die Situation hat sich in den vergangenen 50 Jahren umgedreht. Man müsste also wenigstens bereit sein, das Problem genau unter die Lupe zu nehmen...

...die Konsequenz wäre die Umkehr des Generationenvertrags?

Ich würde lieber von einem neuen Generationenvertrag sprechen. Wir würden beispielsweise sehen, dass es für eine junge Familie mit mehreren Kindern wirklich eine Last ist, die Krankenkasse zu bezahlen. Für meine Eltern und viele andere ältere Menschen aber nicht. Um dieser Situation gerecht zu werden, könnten wir uns überlegen, neben den drei Prämienaltersklassen, die es schon gibt, eine vierte einzuführen für die 26- bis 50-Jährigen, die etwas weniger kostet. Damit könnten wir genau diejenigen Prämienzahler entlasten, die finanziell sehr belastet sind. Die älteren Versicherten aber würden etwas mehr bezahlen. Wären es auch nur 50 Franken pro Person, ergäbe es Milliarden zum Umverteilen. Nehmen wir uns doch die Freiheit, das Problem zu studieren! ●

Zur Person: Mit Ignazio Cassis, 51, aus Montagnola TI hat Curaviva Schweiz neu einen aktiven Nationalrat als Präsidenten. Der promovierte Arzt ist Mitglied der nationalrätlichen Kommission für Soziale Sicherheit und Gesundheit. Seit 2007 vertritt er den Kanton Tessin als Nationalrat der FDP im Bundesparlament. Daneben arbeitet er als Lehrbeauftragter an der Universität Lugano (Master in economia e gestione sanitaria) und Lausanne (Master in Health Economics and Management) sowie als Médecin associé am Institut für Sozial- und Präventivmedizin der Universität Lausanne.
